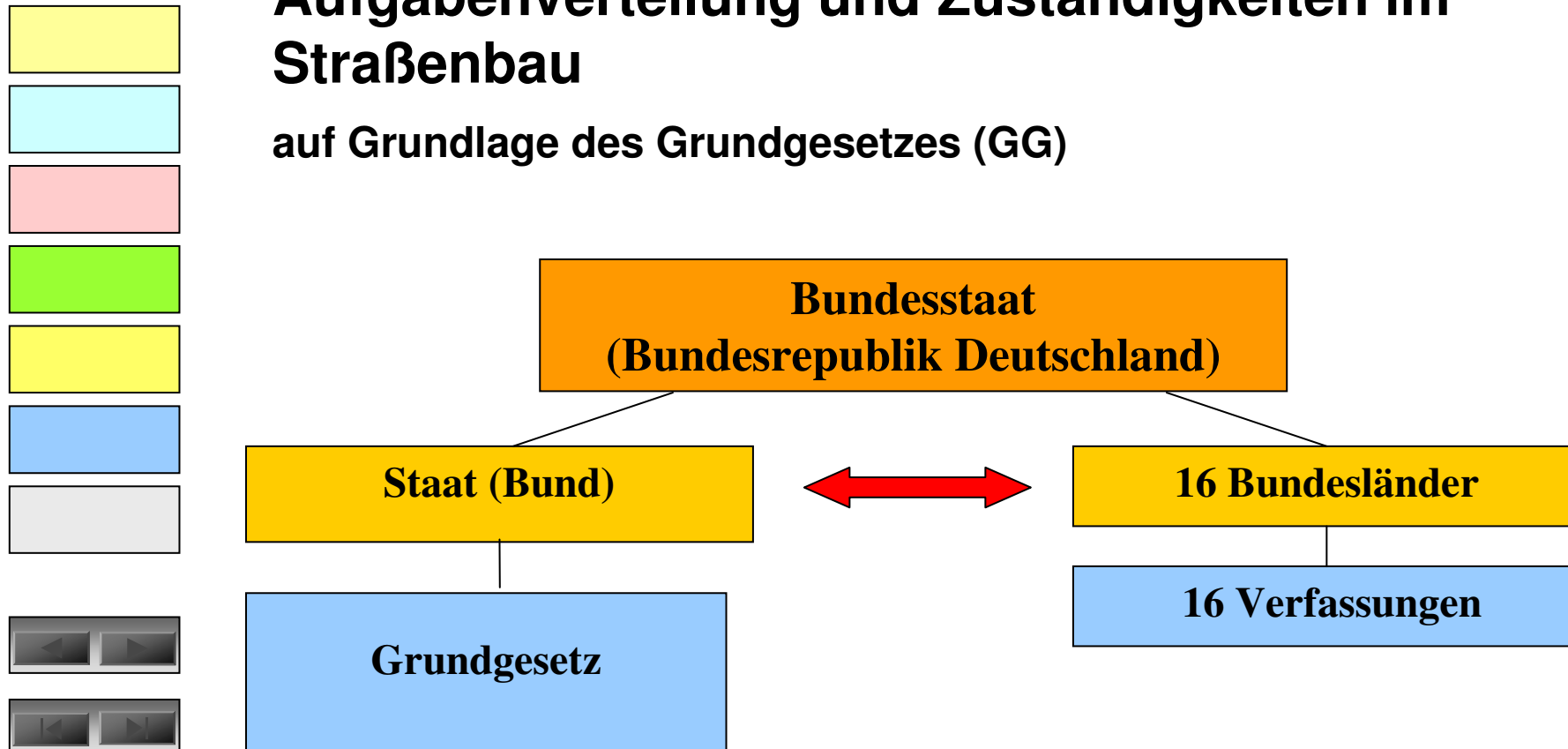


RT zum BA 2/2 3. Sitzung

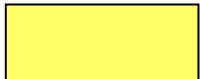
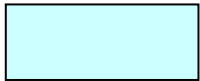
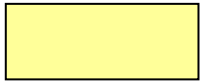
Aufgabenverteilung und Zuständigkeiten im Straßenbau

Aufgabenverteilung und Zuständigkeiten im Straßenbau

auf Grundlage des Grundgesetzes (GG)

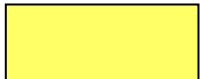
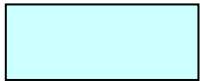


Artikel 90 Abs. 1 GG:



- Der Bund ist Eigentümer und Baulastträger der Bundesfernstraßen
- Ihm ist die Aufgabe des Neubaus und Ausbaus von Bundesautobahnen und Bundesstraßen zugewiesen
- Soweit er hiervon keinen Gebrauch macht, können die Länder gesetzgeberisch tätig werden

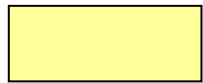
Artikel 90 Abs. 2 GG:



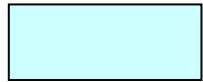
- Die Länder oder die nach Landesrecht zuständigen Selbstverwaltungskörperschaften verwalten die Bundesfernstraßen im Auftrag des Bundes
- Die Länder planen, bauen, erhalten und betreiben im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung die Bundesfernstraßen im Auftrag des Bundes

Aufgabenverteilung und Zuständigkeiten im Straßenbau

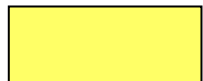
Bundesauftragsverwaltung



Bundesauftragsverwaltung ist eine Form der Landesverwaltung: Länder üben eigene Landesstaatsgewalt aus.



Umfassende Einwirkungsmöglichkeiten des Bundes (Art. 85 GG):
u.a. Weisungsrecht des Bundes (Bundesaufsicht hinsichtlich
Gesetzmäßigkeit (Bedarfsplan!) und Zweckmäßigkeit)



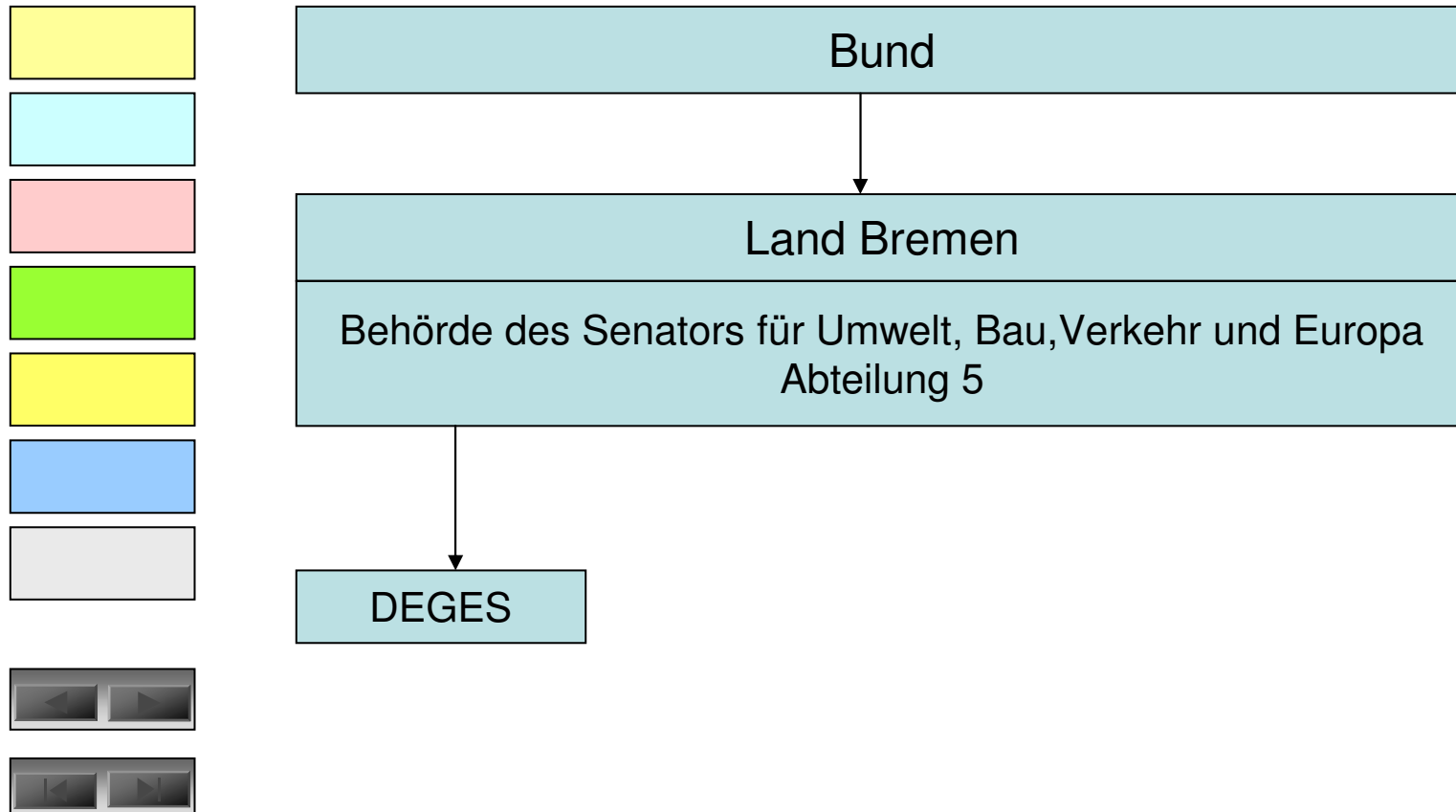
Die Länder handeln nach außen hin im Verhältnis zu Dritten. Sie planen, bauen, erhalten und betreiben die Bundesfernstraßen im Auftrag des Bundes nachdem **der Bundesgesetzgeber im Bedarfsplan festgelegt** hat, welche Bundesfernstraßen neu gebaut beziehungsweise ausgebaut werden.



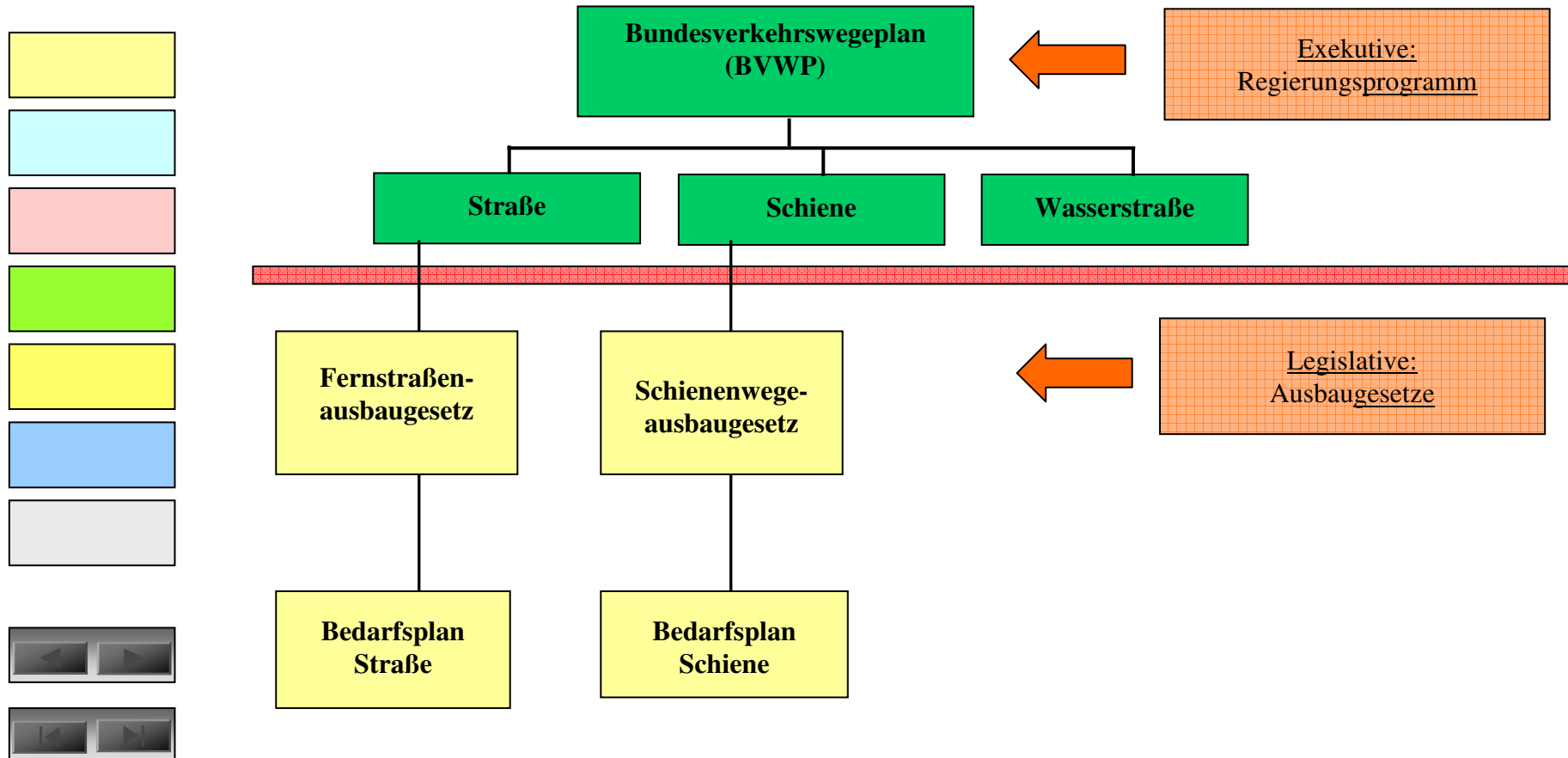
Entsprechend dieser Bedarfseinstufung nehmen die Länder dann die Planungen der vorgesehenen Maßnahmen auf.

Aufgabenverteilung und Zuständigkeiten im Straßenbau

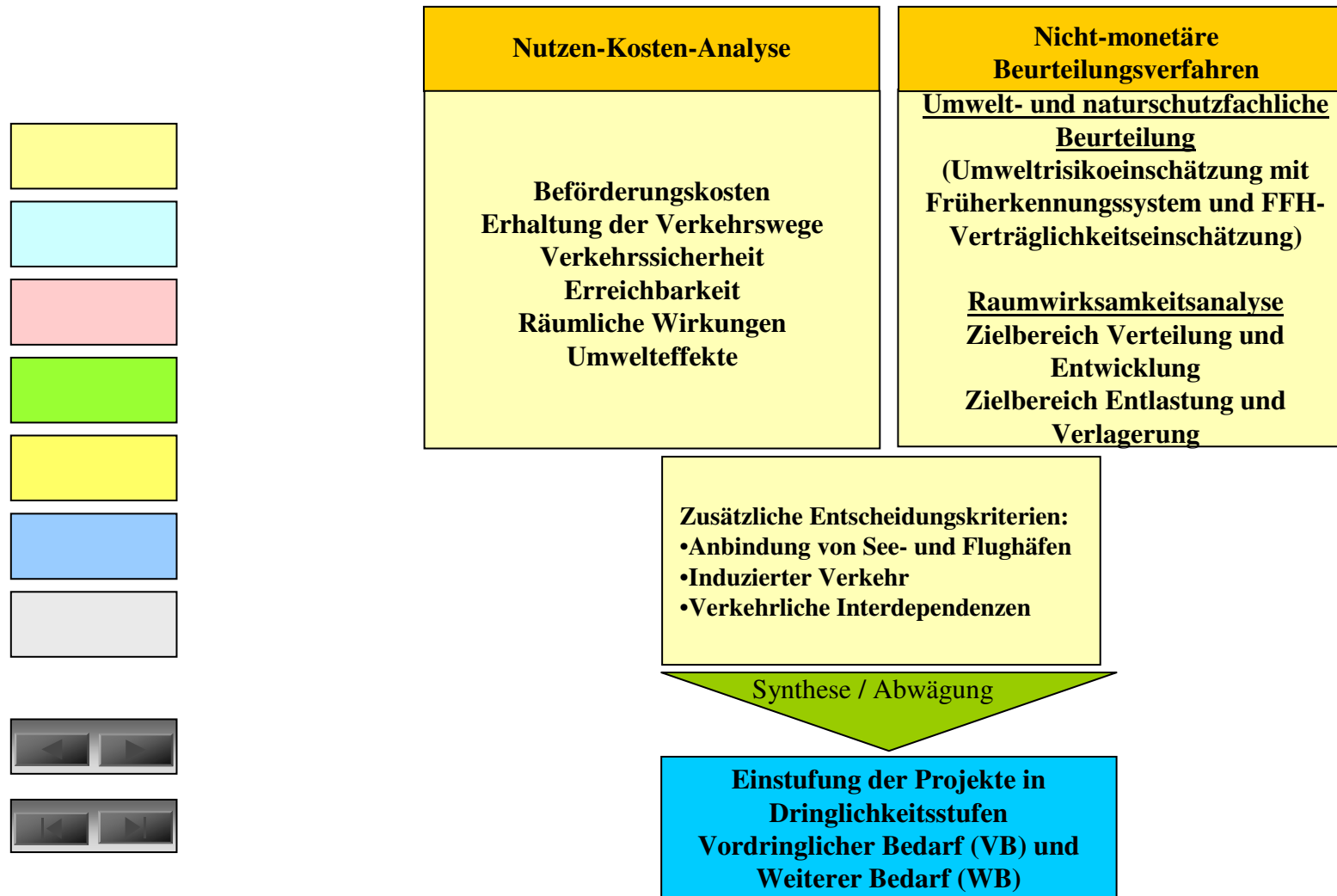
Bundesauftragsverwaltung in Bremen



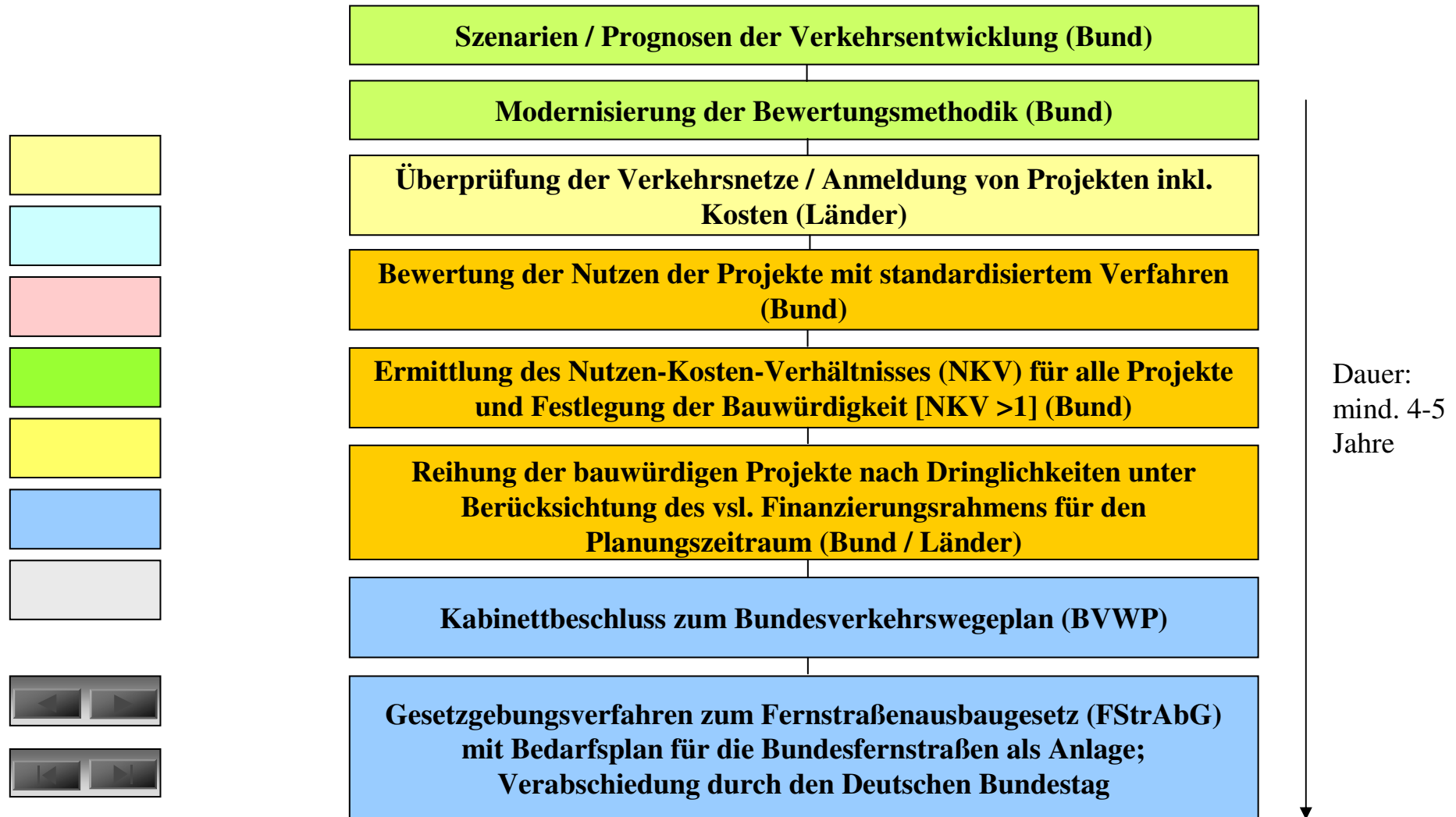
Bundesverkehrswegeplan und Bedarfsplan



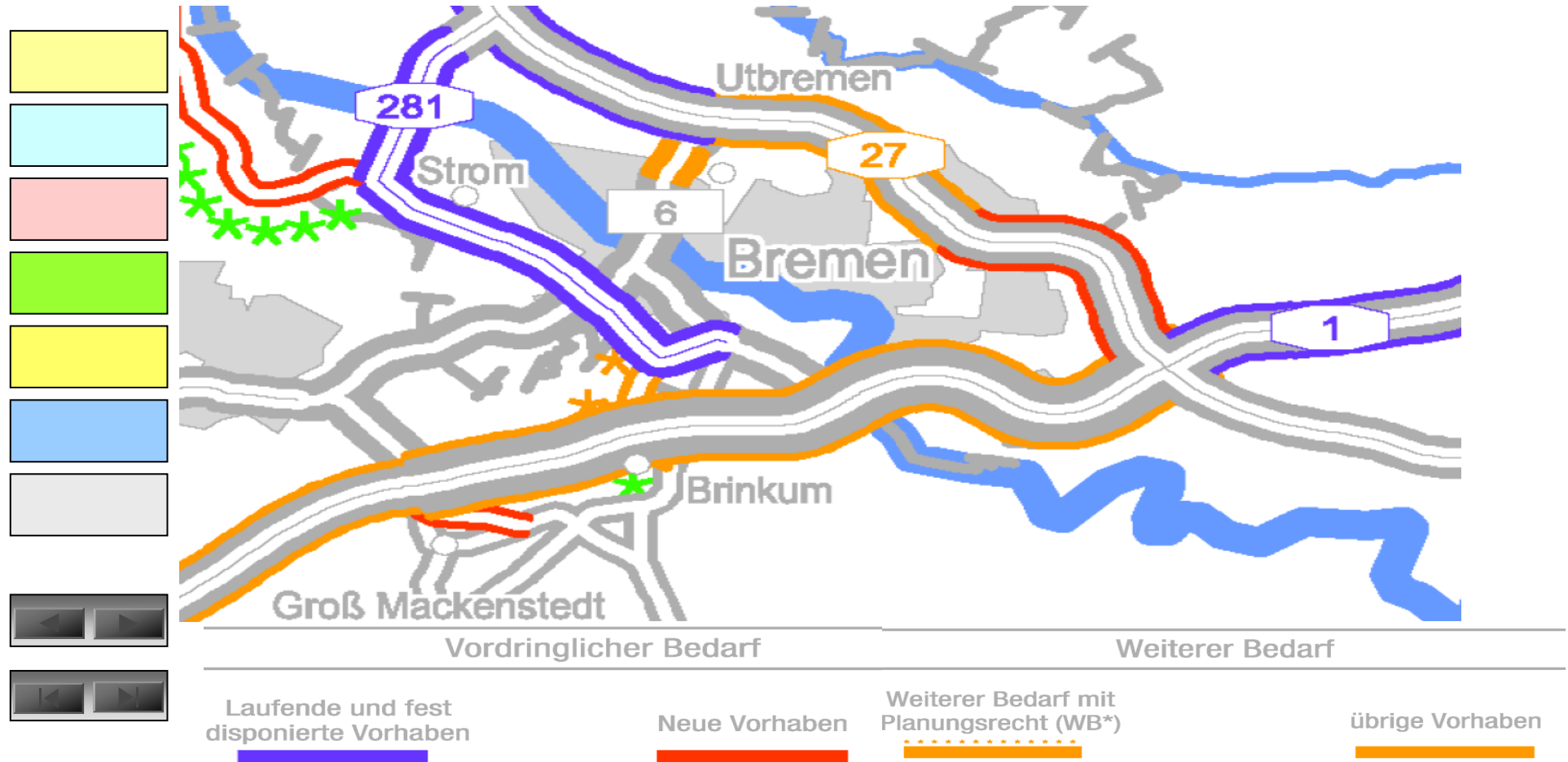
Schema der Bewertungsmethodik



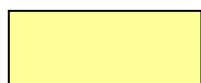
Bundesverkehrswegplanung / Bedarfsplanung



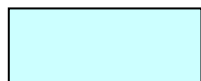
Auszug aus dem Bedarfsplan (Anlage zum fünften Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes vom 4.10.2004)



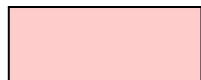
Bedarfsplan



Geltender Bedarfsplan: Gesamtinvestitionsvolumen von ca. 80 Mrd. €



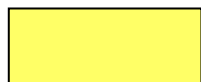
Davon 51,5 Mrd € Vorhaben im **Vordringlichen Bedarf**.



Diese sind **zunächst umzusetzen!**



Erst dann dürfen Projekte des Weiteren Bedarfs begonnen werden.



Der Weitere Bedarf enthält Vorhaben mit nachgewiesener gesamtwirtschaftlicher Vorteilhaftigkeit, deren Investitionsvolumina aber den heute bekannten Finanzrahmen überschreiten.



Rechtswirkungen des Fernstraßenausbaugesetzes

Der Bedarfsplan als Anlage zum Fernstraßenausbaugesetz ist ein Gesetz.
Er entfaltet auch für die Gerichte Bindungswirkung.

Bindend ist/sind u.a.:

- ob Bedarf für eine Bundesautobahn oder Bundesstraße besteht (Bedarf kann nicht mehr in Frage gestellt werden!),
- die im Bedarfsplan bezeichneten Dringlichkeitsstufen (Vordringlicher Bedarf, Weiterer Bedarf),
- die Vorgaben zur Straßenkategorie (BAB oder Bundesstraße)
- Bindungswirkung auch für die Landesraumordnung: Landesplanung darf u.a. keine Ziele festlegen, die die an den Bedarfsplan gebundenen Behörden verpflichten, vom Bedarfsplan abweichende Entscheidungen zu treffen. Keine Aufforderung zum Bruch eines Bundesgesetzes.

(vgl. zu allem Leue in Kodal, Straßenrecht, 7. Aufl. 2010, S.1126 ff)

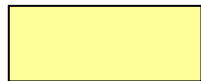
Rechtswirkungen des Fernstraßenausbaugesetzes

Außer der Beachtung der verbindlichen Bedarfsfeststellung werden folgende wesentliche Verbindlichkeiten begründet:

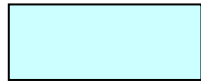
- Beachtung der im Bedarfsplan bezeichneten Dringlichkeitsstufen
- Überprüfung des Bedarfsplans im Fünfjahresabstand (§4 FStrABG)
- Aufstellung von Fünfjahresplänen (§ 5 FStrABG)
- Berichtspflicht gegenüber dem Bundestag (§7 FStrABG)

Ein Abweichen vom Bedarfsplan ist nur bei unvorhersehbarem abweichendem Verkehrsbedarf möglich (§6 FStrABG).

Dies wird äußerst restriktiv gehandhabt (so auch BMVBS „Ergebnisse der Überprüfung der Bedarfspläne für die Bundesschienenwege und die Bundesfernstraßen“, 11.11.2010).



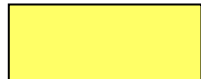
Fünfjahresplan und Straßenbaupläne



Das Fernstraßenausbaugesetzes bestimmt im § 5 Abs.1, dass das BMVBS Ausbaus nach dem Bedarfsplan Fünfjahrespläne aufstellt.



Diese bilden den Rahmen für die Aufstellung der jährlichen Straßenbaupläne nach Artikel 3 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes. Diese sind Gegenstand des jährlichen Haushalts.

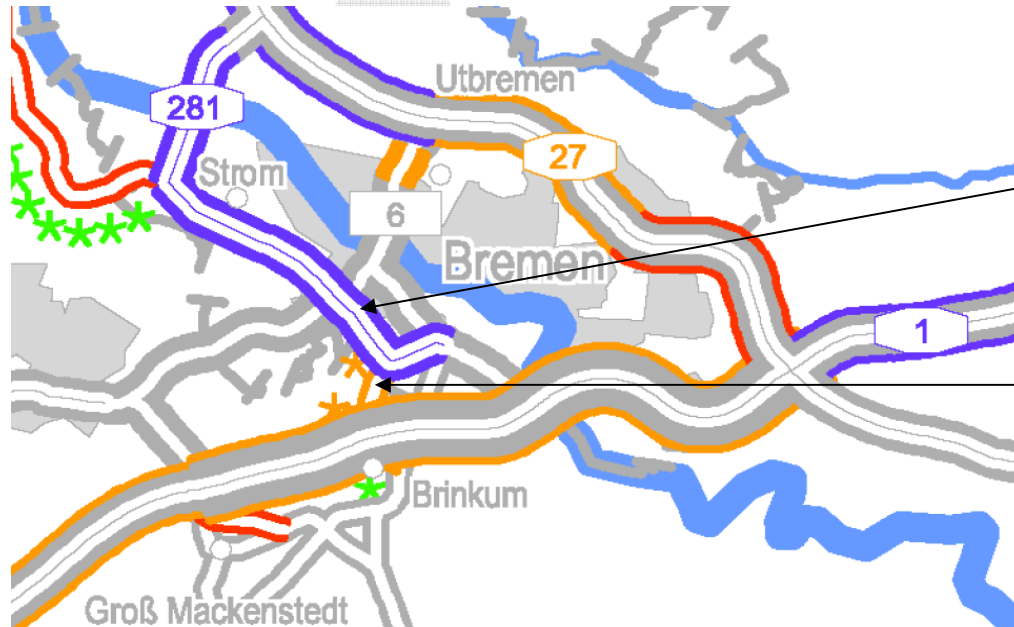
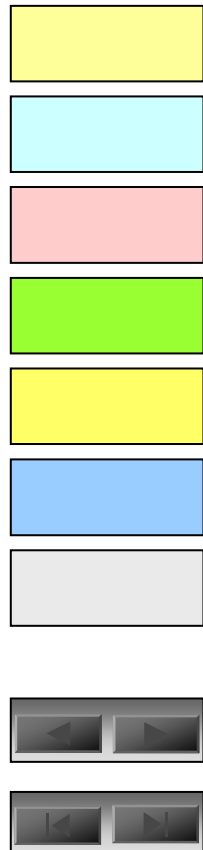


Der Fünfjahresplan ist somit eine haushalts- und verwaltungsmäßige Konkretisierung des Bedarfsplans.



Folgerungen für die BAB A 281 sowie die B 6n

Bindend: Dringlichkeitsstufen

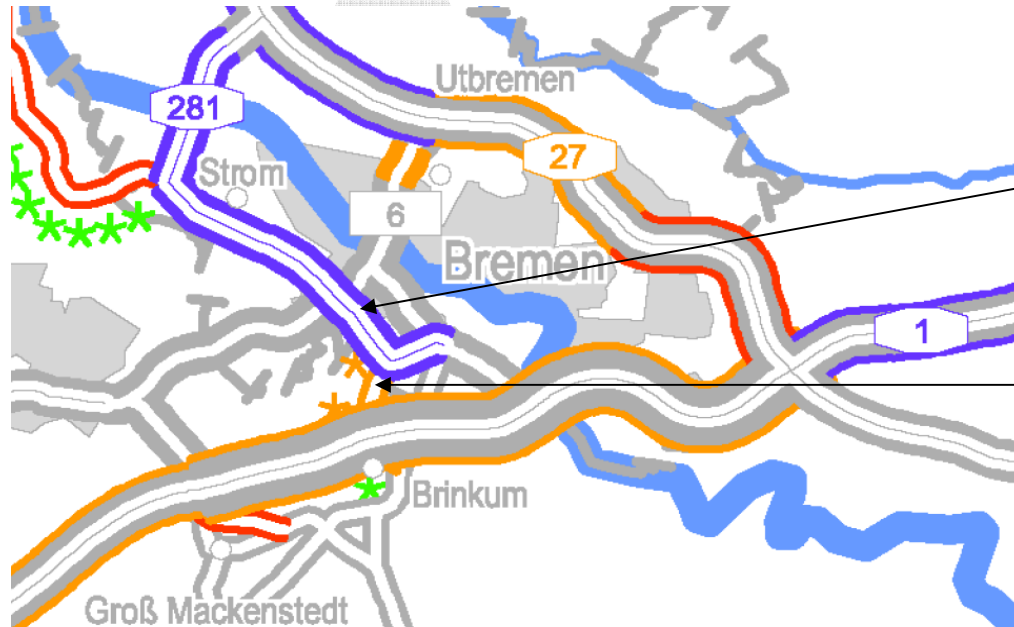
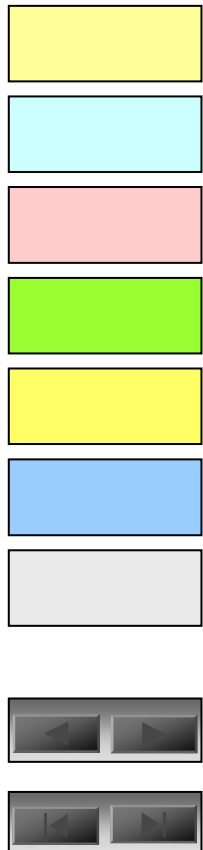


A 281:
Vordringlicher
Bedarf

B6n:
Weiterer
Bedarf

Folgerungen für die BAB A 281 sowie die B 6n

Bindend: Straßenkategorie

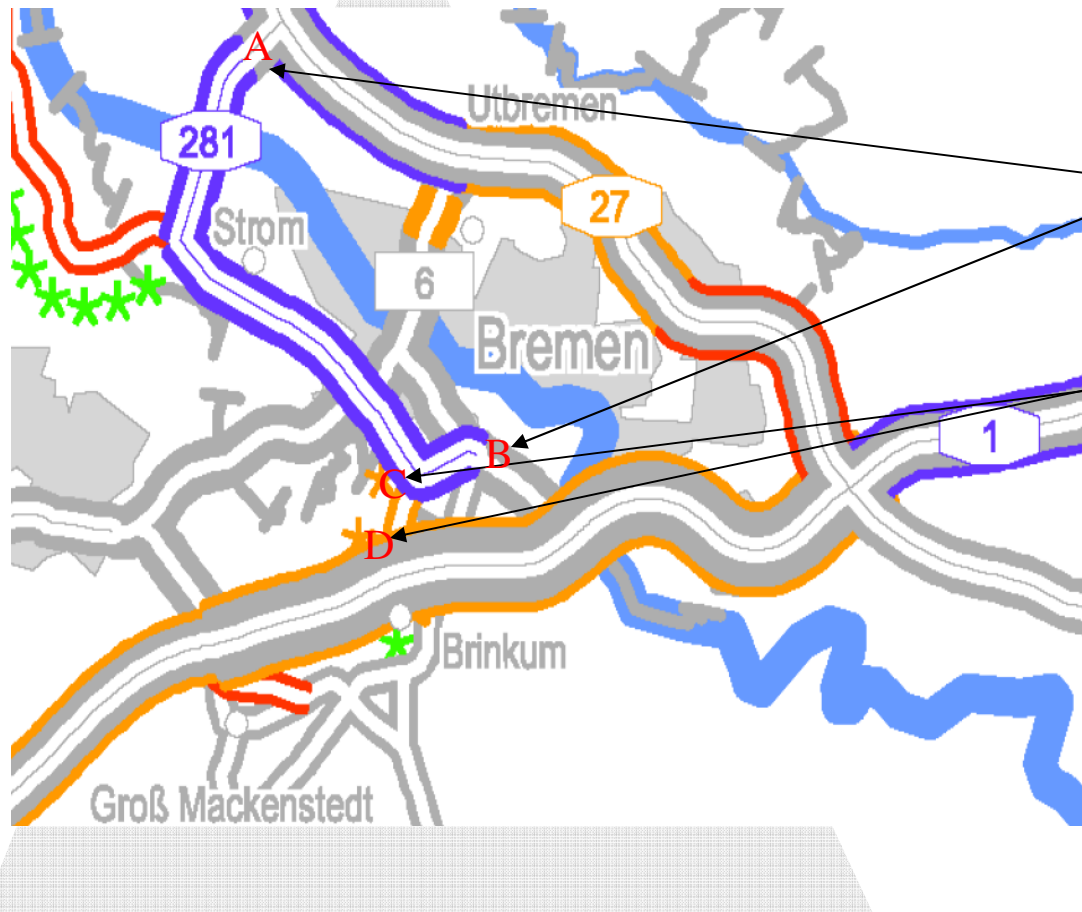
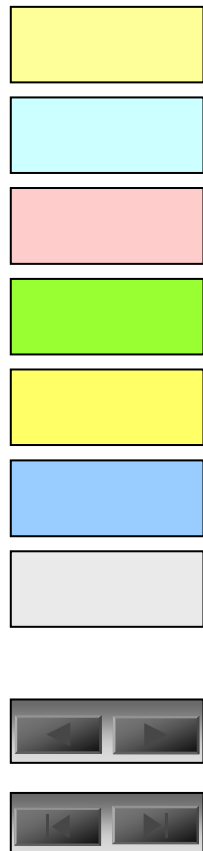


A 281:
Autobahn

B6n:
Bundesstraße

Folgerungen für die BAB A 281 sowie die B 6n

Bindend: Bedarf

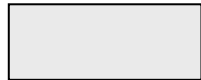
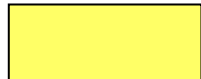
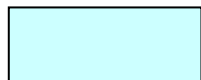
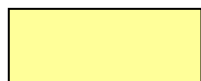


Autobahnverbindung von A nach B

Bundesstraßenverbindung von C nach D

Bedarfsplanüberprüfung 2010

Die Bedarfsplanüberprüfung 2010 (Abschlussbericht vom 11.11.2010) hat ergeben:



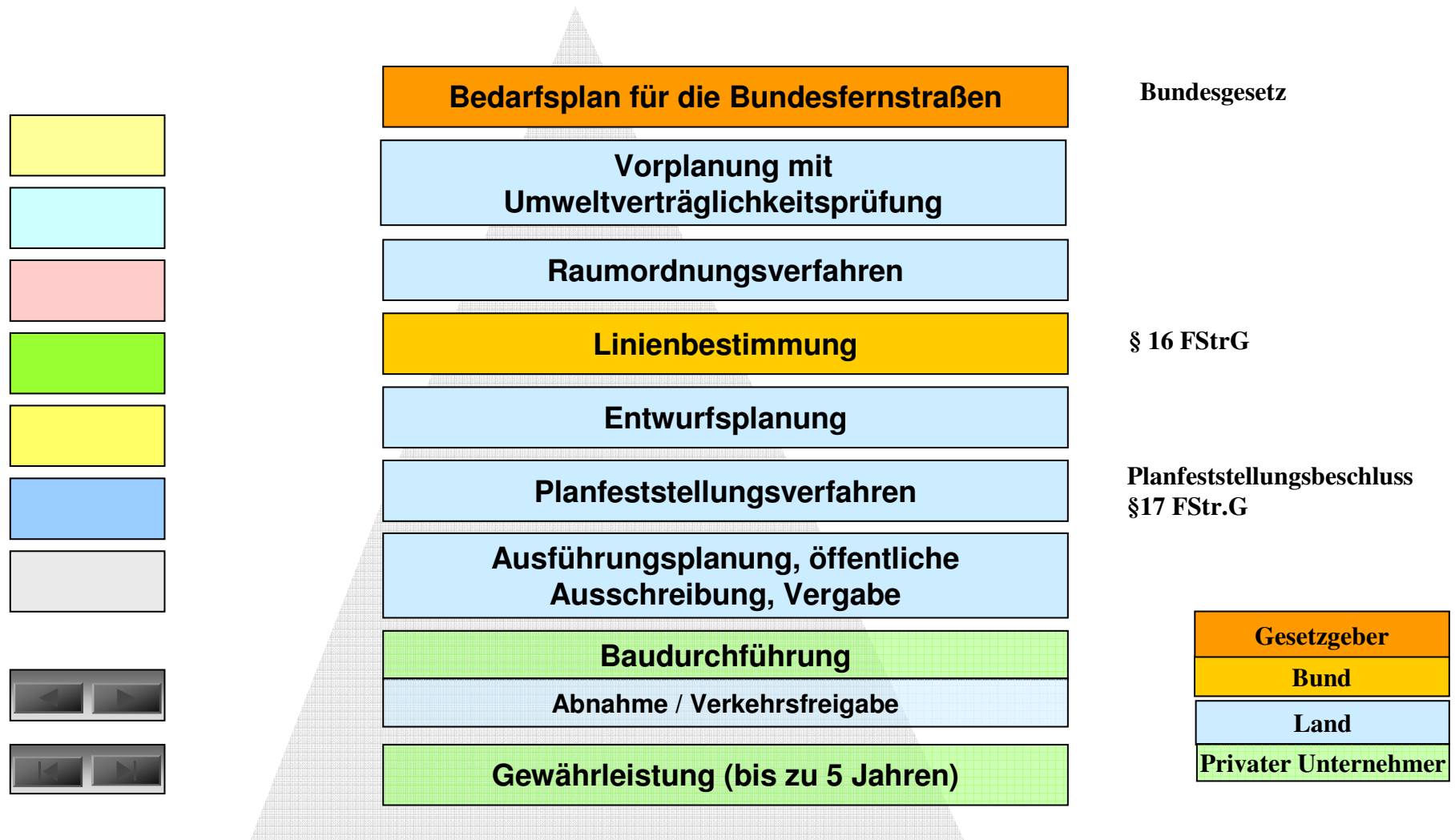
„Die aktuellen Bedarfspläne sind nach wie vor gut geeignet, die meisten vorhandenen/ prognostizierten Engpässe aufzulösen.“

Die aktuellen Bedarfspläne enthalten ausreichend viele bauwürdige Maßnahmen. Damit können viele Jahre wirtschaftliche und verkehrlich notwendige Aus- und Neubaumaßnahmen realisiert werden.

Da sich die Grundlagen der Bedarfspläne, insbesondere die Gesamtentwicklung des Straßen- und des Schienenverkehrs gegenüber dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Bedarfspläne nicht wesentlich verändert haben, ist eine Fortschreibung der Bedarfspläne zum jetzigen Zeitpunkt nicht erforderlich.“

Eine kurzfristige Änderung des Bedarfsplan ist unwahrscheinlich!

Weiterer Planungsablauf im Überblick

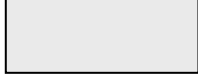
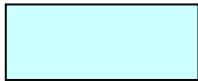
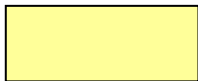


Was Kennzeichnet eine Autobahn

§ 1 FStrG

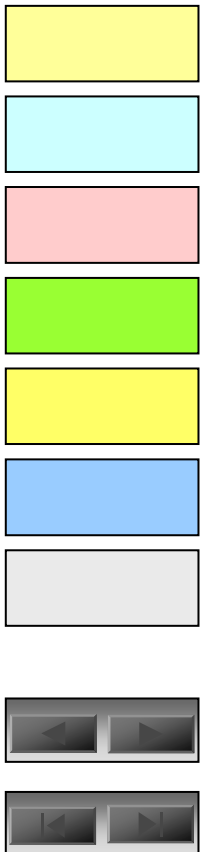
„Bundesautobahnen sind Bundesfernstraßen, die nur für den Schnellverkehr mit Kraftfahrzeugen bestimmt und so angelegt sind, dass sie frei von höhengleichen Kreuzungen und für Zu- und Abfahrt mit besonderen Anschlussstellen ausgestattet sind. Sie sollen getrennte Fahrbahnen für den Richtungsverkehr haben.“

- getrennte Richtungsfahrbahnen
- anbaufrei
- kreuzungsfrei
- nur für Kraftfahrzeuge



Was Kennzeichnet eine Autobahn

Höhengleiche Kreuzungen:



A 281 Abschnittsbildung

BA 1 seit 1995 unter Verkehr

